

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Abonnement: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Beamtenführer. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 25.

Sonntag den 13. Februar.

1881.

Wie gewinnt man Einfluss auf Bismarck's Politik?

Ein neues politisches Schlagwort ist seit Kurzem von Halle aus in Umlauf gesetzt worden. Die Liberalen sollen — so lautet dasselbe — darnach streben, so viel als möglich Einfluss auf die Politik des Fürsten Bismarck zu gewinnen und dabei liberalen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen. Das ist ein überaus löbliches Bestreben, dem kein Liberaler widersprechen wird. Eigentlich haben die Liberalen auch bisher nichts anderes gewollt. Es fragt sich nur, ob die Mittel, welche zur Erreichung jenes Zweckes empfohlen werden, die rechten sind. Herr Professor Boretius, der wahrheitslieblich der Urheber jener neuen Parole ist, hat dieser Tage auch in einer Verammlung zu Halle angegeben, welche Mittel er für die besten zur Erreichung jenes Zieles hält. Die Liberalen sollen nämlich nicht die freiwillig leichtere Methode der Ablehnung der Vorlagen befolgen, sondern den schwierigeren Versuch der Verständigung machen. „Fürst Bismarck — fügte Herr Prof. Boretius hinzu — sei ein so kluger, vielseitig erfahrener, vorurtheilslos und stets auf das Wohl des Ganzen bedachter Mann, daß in allen seinen Vorschlägen und Entwürfen ein gesunder Kern enthalten sei, den es gelte, herauszuschälen und zu gestalten, nicht zu verwerten.“

Wir haben vom Reichskanzler vielleicht eine ebenso hohe Meinung. Aber wir glauben, daß er grade der ungeeignetste Mann ist, die hier empfohlene Methode auf ihn anzuwenden. Er ist dazu gar nicht geduldig genug. Er hält nicht so lange stille, bis der Herr Professor „den Kern herausgeschält“ und ihn „gestaltet“ hat; ehe dieser damit fertig, ist Fürst Bismarck schon weit selbst über seine eigentümlichste Absicht hinausgeschritten, und findet er nicht auf der einen Seite dafür Bundesgenossen, so sucht und findet er sie auf der andern.

Herr Prof. Boretius erzählte im weiteren Verlauf seiner Rede einen Fall, welcher unsere Aufmerksamkeit befristet. Als Fürst Bismarck im Jahre 1879 den neuen Zolltarif vorlegte, da hat Einer auch „den Kern herausgeschält“ und zwar die Einführung resp. Erhöhung des Weiroleums, Kaffees, Weingolles und anderer Finanzzölle gewähren, die Korn- und ähnliche Zölle, wie eine Reihe von übermäßigen Schutzzöllen aber ablehnen wollen. Der Reichskanzler hat sich aber nicht mit dem ihm von Herrn Boretius zuerkannten „Kern“ begnügt, sondern der noch weiteren Erhöhung der „übermäßigen“ Schutzzölle zugestimmt und die Kornzölle in doppelter Höhe der Anfangs vorgeschlagenen Höhe bewilligen lassen, so daß auch der Abg. Boretius schließlich gegen den ganzen Zolltarif stimmen mußte.

Mancher glaubt zu schreien und weiß nicht, daß er selbst gehoben wird, in dem Bestreben, auf Bismarck's Politik Einfluss zu gewinnen, könnte es Manchem auch geschehen, daß umgekehrt die Politik des Fürsten Bismarck auf ihn Einfluss gewinnt. Uns scheint es fast, als ob dies auch schon bei Herrn Prof. Boretius eingetreten ist. Derselbe nimmt nun eine Frontstellung gegen die entschieden liberalen ein und sieht ein Heil jetzt nur noch im Zusammengehen mit den gemäßigt konservativen Elementen. Wir entfinnen uns, daß er

— es ist noch nicht so lange her — eine schöne Rede hielt, in welcher er sich mit großer Entschiedenheit für die Verwerflichkeit der Kornzölle ausgesprach; am 4. Februar hat er sich zwar auch noch gegen diese ausgesprochen, aber nur deshalb, weil sie für Andere ein so vorzügliches „Agitationsmittel“ seien.

Die Methode, welche Herr Prof. Boretius angiebt, um Einfluss auf die Politik im liberalen Sinne zu gewinnen, ist von den Nationalliberalen fast anderthalb Jahrzehnte hindurch versucht worden; anfangs mit einigen Erfolgen, der sich in den letzten Jahren immer mehr verringert hat. An Verständigungsversuchen und Nachgiebigkeit haben sie es sicher nicht fehlen lassen; dennoch hat Fürst Bismarck sich immer mehr ihren Gegnern zugewandt; er hat sogar die Pläne der Agrarier zur Durchführung gebracht, die ihn vor wenigen Jahren am heftigsten bekämpften. Herr Prof. Boretius sieht die Ursache der Abwendung des Reichskanzlers vom Liberalismus darin, daß die Nationalliberalen sich den Plänen des Reichskanzlers gegenüber „oft zu passiv verhalten.“ Mögen er und seine Gesinnungsgenossen es denn versuchen, durch noch weitere Nachgiebigkeit Fürst Bismarck zum Liberalismus zu bekehren. Andere glauben, daß der Kanzler nur dann auf die Wünsche der Liberalen Rücksicht nehmen werde, wenn er auf der linken Seite einen festern Willen sich gegenübersteht, als er ihn bis jetzt dort kennen gelernt; wenn er nöthigenfalls auch auf festen Widerstand stößt. Mögen beide Theile miteinander weiterkämpfen, jeder auf seine Weise für den Liberalismus zu wirken. Die nächsten Wahlen werden es zeigen, von welcher Seite die Mehrzahl der Liberalen im Lande sich den besten Erfolg verspricht.

Politische Uebersicht.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung am Freitag die Beantwortung der Interpellation Jörgs statt, über die Frage, wie sich das bayerische Ministerium zu dem Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes verhalte. Der Ministerpräsident legte hierzu persönlich das Wort. Er erklärte Folgendes: „Das Unfallversicherungsgesetz ist im Bundesrathe noch nicht besprochen. Die Vorberathungen sind kaum abgeschlossen, wie in Preußen durch den Volkswirtschaftsrath, so in Bayern durch die Handels- und Gewerbekammern. Das Ministerium kann bei Interpellationen, wo nicht ein bloßes Ja oder Nein in Frage kommt, keine Antwort geben. Es ist aber als Pflicht des Ministeriums anerkannt, die Selbstständigkeit Bayerns und dessen Reservatrechte stets im Auge zu behalten. Es wäre aber auch möglich, daß das Gesetz in einer Form zu Stande kommt, welche keinen Eingriff in die Reservatrechte darstellt. Freilich wäre es noch unbekannt, in welcher Form das Gesetz zu Stande käme. Sozialbestrebungen über die „Wagenfragen“ hinaus blieben deshalb berechtigt, da doch mit der Abhilfe begonnen werden müsse und eingestandenemmaßen die vorbeugenden Strafgesetze nicht ausreichen. Wenn das Gesetz für wünschenswert hält, muß sich mit dem Projekt versöhnen können, da nur durch das Reich ein solches Gesetz zu Stande kommen

könne. Wenn also das Ministerium der Kronenrath, den Reichskanzler zu unterstützen, so glaubt es nicht an der Selbstständigkeit Bayerns zu rütteln, sondern einen Akt eminent konservativer Politik zu vollziehen.“ Vom Standpunkt der nationalen Einheit läßt sich gegen diese Antwort des Ministers nichts einwenden und es ist vorauszufragen, daß die bayerischen und andere Partikularisten zu dieser Art, das Reich mit den Reservatrechten zu versöhnen, einigermaßen schiel blicken werden.

Aus Rußland kommen Nachrichten über ein neues Auftauchen nihilistischer Umtriebe. In den letzten Wochen ergingen wiederum eine Menge von Drohbrieffen an hochstehende Persönlichkeiten in Kiew. Es erschienen inzwischen auch Proklamationen des „südblichen Arbeiterbundes“, welcher jedes friedliche Mittel verpönt. In Delfa sind ebenfalls solche Proklamationen aufgetaucht. Letzten Montag wurde in Petersburg überdies die Revolutionszeitung „Narodnja Wolja Nr. 5“ herausgegeben. Im Laufe des Montags ward daselbst auf offener Straße ein etwa 30-jähriger anständig gekleideter Herr arreirt, der die äußeren Züge seines Valetots voller Kummern des neuesten Revolutionsblattes hatte. Der Verhaftete verweigerte jegliche Auskunft über seine Person und die politischen Recherchen über ihn blieben bisher ohne Erfolg.

Nach der sündlich zu erwartenden endgültigen Annahme im englischen Unterhause wird die Fortsetzung des Zwangsbill nun wohl bald in Kraft treten, inzwischen nimmt die irische Angelegenheit von Tag zu Tag bedrohlichere Dimensionen an. Die irische Bevölkerung ist im Augenblicke bewaffnet, wie nie zuvor. Während der letztverfloffenen Monate wurden in Irland Karabiner, wie Revolver nach Tausenden verkauft, und wurden durch die Polizei Mitglieder des sineschen Geheimbundes, nicht nur im irischen Bereiche, sondern auch in den großen Städten Englands entdeckt. Das in irischer Auffassung durch die augenblicklich in Irland stationirten 50 000 Mann englischer Truppen in kürzester Zeit niedergebrosen würde, darüber sind sich die Führer der Opposition selbst klar; allein sie zählen auf den Effekt der Einschüchterung und hoffen, wie sie der Regierung im Jahre 1870 das Agrargesetz durch Schrecken abzwangen, auch diesmal durch dasselbe Mittel Zugeständnisse zu erzwingen. Interessant ist übrigens, daß Barnell es vorziehen soll, von Paris, wo er sich jetzt aufhält, direkt nach Amerika eine Agitationsreise zu unternehmen, um einer etwaigen Verhaftung in England aus dem Wege zu gehen, die nach dem Inkrafttreten der Zwangsbill sehr schnell erfolgen könnte. — Auf eine Anfrage im Parlament über die Lage in Transvaal gab am Freitag der Staatssekretär des Krieges, Childers, dahin Auskunft, daß dem General Colley bedeutende Verstärkungen telegraphisch angeboten seien, indes habe derselbe, dessen letzte Nachrichten aus Newcastle datirten, hienau noch keine Antwort ertheilt.

In Spanien zieht der Ministerwechsel allem Anschein nach eine kleine Umwälzung nach sich. In einem unter dem Voritz des Königs stattgehabten Ministerrathe wurde beschloffen, eine weitgehende Amnestie für die wegen Preßvergehens Verurtheilten zu erlassen und gleichzeitig allen aus-

gewanderten Spaniern die Rückkehr nach Spanien zu eröffnen. Man behauptet, das ganze diplomatische Corps werde gewechselt werden und bezeichnet den Grafen de Rascon als Gesandten in Berlin. In Madrid soll große Aufregung herrschen.

Die niederländische Gesellschaft des Roten Kreuzes hat nunmehr offiziell bekannt gemacht, daß sie, um den in Transvaal kämpfenden sanitätliche Unterstützung zu leisten, in Wirksamkeit trete und zugleich zu Geldspenden für diesen Zweck aufgefordert. Zur Unterstützung der Wundeten aus dem Transvaal sind seitens der Gesellschaft bereits 1000 Pfd. Sterl. an den holländischen Konsul in Kapstadt abgesendet worden, auch ist dieselbe telegraphisch angefragt, ob eine holländische Ambulanz über dort ihren Weg nach dem Kriegsschauplatz nehmen könne.

Deutschland.

(Der König und die Königin von Sachsen) werden, wie wir erfahren, zur Teilnahme an den Vermählungsfeierlichkeiten bereits am 24. d. aus Dresden in Berlin eintreffen und im königlichen Schlosse absteigen. Der Prinz von Wales, welcher etwa um dieselbe Zeit hierher kommen wird, nimmt im kronprinzlichen Palais Wohnung.

(Zu den Hoffestlichkeiten.) Wie aus Berlin mitgeteilt wird, findet die feierliche Ueberweisung des neugebildeten Hofstaates an Ihre Hoheit die Prinzessin Victoria Augusta von Schleswig-Holstein in Sagan statt, wo die Damen und Herren Gäste des Herzogs sein werden. Als Oberhofmeisterin fungirt die Gräfin Brockdorff, als Hofdame die Gräfinnen Bücker und Keller, als Kammerherr der königliche Kammerherr Freiherr v. Ende. Da die Reise von Sagan nach Berlin einen offiziellen Charakter trägt, so begeben sich im Auftrage des kaiserlichen Hauses der Oberhofschloßhauptmann Graf Wilhelm Perponcher, der Graf Max Lütichow und der Hofjägermeister Freiherr v. Heinze zur Begrüßung der hohen Braut gleichfalls nach Sagan, wo auch in amtlicher Eigenschaft der Oberpräsident der Provinz Schlesien und der betreffende Regierungspräsident sein werden. Nach ihrem Eintritt in die Provinz Brandenburg wird die Prinzessin Braut durch den Oberpräsidenten Albenbach in Frankfurt a. d. O. bewillkommnet werden. Der Empfang auf dem Bahnhofe in Berlin dürfte, wenn er überhaupt stattfindet, nur ein kurzer und einfacher sein, da die hohe Braut sich unmittelbar vom Bahnhofe nach dem Schlosse Bellevue begiebt, woselbst sich Ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten mit den gesammten Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses zur hochfestlichen Begrüßung der Prinzessin Braut einfinden werden.

(Zu Ehren von Bennigsen) ist am nächsten Mittwoch ein Festmahl anberaumt worden, an dem sich voraussichtlich gegen dreihundert Abgeordnete theilnehmen werden.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Hagfeld, hat am Freitag Vormittag Berlin verlassen, um über Wien auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückzukehren. Am Mittwoch Nachmittag wurde derselbe noch vom Kaiser und Tags darauf Nachmittag vom Kronprinzen in Audienz empfangen.

Dem Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten ist durch Cabinetsordre die Ermächtigung ertheilt worden, in allen Forstconventionenfällen, einschließlic der Forstdiebstähle, Geldstrafen, welche den Betrag von 30 Mk. nicht übersteigen, ganz oder theilweise zu erlassen.

Der permanente Ausschuss des Reichstages hat am Freitag die zweite Lesung des Innungsgesetzes. Gegen die Beschlüsse erster Lesung werden folgende Aenderungen beliebt: dem § 100 wird auf Antrag Hessel folgender Zusatz beigefügt: „Meisterrathen können das Geschäft ihres verstorbenen Mannes fortsetzen. Sie behalten alle Rechte, welche dem Manne innerhalb der Innung zustanden, außer das Stimmrecht. Sie können sich einen Schatzmeister wählen. Die Nr. 3 des § 100d wird auf Antrag Hessel wie folgt gefaßt: Gegen die

Entscheidungen der Schiedsgerichte findet eine Berufung nicht statt, es sei denn, daß das Object über 60 Mk. beträgt. Der § 100e enthält die Aenderung, daß der gestern angenommene Zusatz zu Nummer 3, wonach Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen werden kann, wenn sie ihre Pflichten als Lehrling nicht erfüllen, abgeändert und die Nr. 3 der Vorlage weiter hergestellt. Der § 100f ist nun nach der Regierungsvorlage unverändert angenommen, nur mit dem Zusätze Weisensatz Nr. 2: die Prüfung der Lehrlinge solcher Arbeitgeber, welche einer Innung nicht angehören, ist von einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu berufenden Commission vorzunehmen, in welche die eine Hälfte der Mitglieder von den Innungen die andere Hälfte von der Behörde berufen werden. Nach Annahme der übrigen Paragraphen des Entwurfes wird das ganze Gesetz mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. Staatssekretär v. Bötticher dankt dem Volkswirthschaftsrat für die objective und sachgemäße Behandlung der Vorlagen. Die Regierung habe dadurch werthvolles Material gesammelt, und er könne versichern, daß der Volkswirthschaftsrat eine dauernde Institution bleiben werde.

(Beglaubigung von Urkunden.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen Vertrag zwischen dem deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie wegen Beglaubigung von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellt und beglaubigten Urkunden. Danach bedürfen Urkunden, welche von Civil- oder Militärgerichten oder einer Anzahl anderer spezialgenanntem Behörden und Instanzen, wie Notaren, Gerichtsvollziehern, Steuerbeamten u. s. w. ausgestellt sind, sofern sie mit dem Amtsstempel versehen sind, zu ihrer Gültigkeit in beiden Staaten keiner Beglaubigung. Ebenso bedarf auch die einer Privaturkunde von einer nach dieser Uebereinkunft zuständigen Behörde beigelegte Beglaubigung keiner weiteren Beglaubigung. Es bedarf nicht vieler Worte, um nachzuweisen, daß durch diese Uebereinkunft ein nicht unwesentlicher Schritt zur Förderung der Rechtspflege und des wechselseitigen Verkehrs gethan worden ist.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus. Freitagssitzung. Das Haus erledigte heute, ohne daß die Discussion Fragen von allgemeinem Interesse berührte, den Rest der Secundärbahnvorlage, indem es sämtliche Eisenprojekte derselben genehmigte. Es folgte die dritte Verathung der Kreisordnungsnovelle. Das Haus trat den Beschlüssen der zweiten Lesung mit wenigen Ausnahmen bei. Zu § 4 wurde der folgende Zusatz auf Antrag der Abgg. Bachem und Hüffer genehmigt: „Durch königl. Verordnung kann nach Anhörung des Provinziallandtages auch Städten von geringerer Einwohnerzahl (als 25 000) auf Grund besonderer Verhältnisse das Ausschneiden aus dem bisherigen und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes gestattet werden. Weitergehende Anträge der Nationalliberalen (vom Abg. Born) auf Ausschreibung der Städte von 20 000 Einw. und auf Befreiung der Städte von 10 000 Einw. von der landrätlichen Polizeiaufsicht wurden mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Den entscheidenden Streitpunkt bildete die Landratsfrage. Befannt erklärte der Minister bei der zweiten Verathung, die Regierung werde, wenn das Haus bei seinem Beschlusse hinsichtlich der Dualisation der Landräthe verharre, an dieser Frage das ganze Gesetz scheitern lassen. Diese Erklärung wiederholte er heute in so bestimmter Form, daß sich an dem Gerste derselben nicht mehr zweifeln ließ. Gleichwohl vermochte er das Haus nicht zur Aenderung seines Beschlusses zu bewegen. Von freiconservativer Seite wurde der Versuch gemacht, auf Grund der ministeriellen Erklärung die ganze Dualisationsbestimmung aus dem Gesetz zu beseitigen, um das letztere vor der drohenden Gefahr zu retten, und die Conservativen versuchten noch einmal — Anstands halber — den Erlaß der höheren Dualisation auch für die von der Regierung octroyirten Landräthe zu erwirken. Der Beschluß zweiter Lesung wurde schließlich fast genau von derselben Mehrheit

aufrecht erhalten, welche ihn gefaßt hatte. Auch das Gros der Conservativen stimmte dafür. Bei der Abstimmung über das ganze Gesetz gab der Minister sein Votum dagegen ab. Es wurde sodann noch in die zweite Verathung des Gesetzes über die gemeinschaftlichen Holzungen eingetreten. Nach Annahme der ersten Paragraphen vertrat das Haus die Weiterberathung. Morgen steht die Vorlage, betr. das Pfandbleihgewerbe, auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus hielt am Freitag gleichfalls eine Plenarsitzung, genehmigte die Reichsanzeiger für Schlesien und erledigte ohne Debatte mehrere Eisenbahnvorlagen.

Provinz und Umgegend.

Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode beim Landgericht Halle nimmt am 7. März unter dem Vorstehe des Landgerichts-Directors Reuter ihren Anfang.

Der Ausschuss der sächsisch-thüringischen Actiengesellschaft für Braunkohlenverwertung in Halle hat nach der S. 31. die Dividende für 1880 auf 7 Proc. (gegen 8 Proc. im Vorjahre) festgesetzt. Wenn die Dividende des Jahres 1880 mit 1 Proc. hinter der des Vorjahres zurückbleibt, so ist dies in der Hauptsache auf den Umstand zurückzuführen, daß in Folge umfangreicher Neubauten, deren Kosten aus dem Betriebe bestritten worden sind, die Theilproduktion eingeschränkt werden mußte.

Dieser Tage wurden die Finder einer vor mehreren Jahren in der Nähe von Halle verloren gegangenen Summe von 22 600 Mk. in zwei Frauen aus Ammenborn und Fischeren ermittelt, die sich s. Z. den Fund theillich theilten und verschwiegen. Das Geld hat nur der einen Familie, die sich ein Haus kaufte, Nutzen gebracht, während die andere dasselbe bis auf einen kleinen Rest verausgabte. Demnächst wird das Nachspiel, wie die S. 31. mittheilt, vor den Schranken des Gerichtshofes stattfinden.

Am 15. Febr., Nachm. 3 Uhr, findet in der Buckauer Bierhalle zu Magdeburg eine Versammlung von Schneidemeisern der Provinz Sachsen statt, zu welcher die Innungen, Fachvereine im Ganzen, wie die Collegen des Schneidergewerbes im Einzelnen eingeladen werden.

In Nordhausen wurde am 9. d. der Fleischergeselle Bratus von dort festgenommen, weil er dringende Verdacht auf ihm ruhete, dieser Tage in Siebichenstein einen Gelddiebstahl verübt zu haben. Nachdem bei der Untersuchung ca. 200 Mk. in baarem Gelde und eine silberne Uhr nicht in seinem Besitze gefunden wurden, über deren Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte, gestand er schließlich den Diebstahl zu.

Am 8. d. M. hat sich auf der Kohlenbahn der Grube Ferdinand bei Sennewitz unweit des Gashofs „zum Schwan“ ein Unglück ereignet. Ein aus 8 Wagen bestehender, im vollen Gange befindlicher Kohlenzug fuhr mit solcher Kraft gegen ein weispänniges Fuhrwerk des Gutsbesizers, daß der in der Schoffelle sitzende Knecht herabgeschleudert und beim Niedersinken so schwer verletzt wurde, daß er nach der königl. Klinik in Halle gebracht werden mußte. Die Pferde blieben unverletzt; jedoch sind der Wagen und 4 Kohlenwagen beschädigt. Ein auf dem Kohlenzuge befindlicher Mann rettete sich rechtzeitig durch Herabspringen. Als Ursache des Zusammenstoßes vermuthet man Unachtsamkeit des Knechtes.

Localnachrichten.

Merseburg, den 13. Februar 1881.
Die am Freitag Abend im Herzog Christian hier selbst abgehaltene erste Zusammenkunft ehemaliger Artilleristen, welche ungeachtet der eingetretenen unfreundlichen Witterung sehr besucht war, hat sich dahin schließlic gemacht, in Kürze eine zweite Zusammenkunft statufinden soll, zu welcher die Kameraden öffentlich eingeladen und in welcher denselben die Statuten der Vereinigung vorgelegt werden sollen. Allgemein bedauert wurde, daß die Zusammenkunft nur in vertraulichen Kreisen und nicht öffentlich bekannt gemacht worden war.

Restaurant „zur Börse“.

Von heute ab bringe ich neben ff. hellem Lagerbier das seiner Zeit so beliebt gewordene

„**RHEINGOLD**“

ächt
Bayrisch
National-Bier,

à Seidel 18 Pfg. wieder zum Verschank. Ich halte dasselbe hierdurch als etwas Vorzügliches bestens empfohlen

Heinrich Schultze.

Vorschuss-Verein zu Merseburg, C. G.

Zu der
Sonntag den 20. Februar d. J., nachmittags 3¹/₂ Uhr,
im Saale des „Thüringer Hofes“ hierselbst stattfindenden
ordentlichen General-Versammlung
werden sämtliche Mitglieder eingeladen.

Tages-Ordnung:

- 1) Antrag auf nachträgliche Genehmigung des in Leipzig erworbenen Grundstücks und dessen event. Veräußerung.
- 2) Vorlage des Geschäftsberichts pro 1880, Feststellung der Dividende und Ertheilung der Vercharge.
- 3) Renewahl für die drei stüttenmäßig ausstehenden Aufsichtsrath-Mitglieder, Herren Kirchhnermsr. G. Kollé, Kaufmann G. Dürbed, Zimmermsr. Wlgh. Kopp.
- 4) Wahl der Abichängungs-Commission für die Mitglieder des Aufsichtsraths.
- 5) Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 5 im Vertrage mit demselben.
- 6) Berichterstattung über den Unterbandsttag zu Webra und den Allgemeinen Vereinstag zu Altona.

Sonstige Anträge sind schriftlich bis spätestens Freitag den 18. Februar d. J. bei dem Unterzeichneten oder im Geschäftslokale des Vereins einzureichen.

Merseburg, den 12. Februar 1881.

Der Aufsichtsrath des Vorschuss-Vereins zu Merseburg, eingetr. Gen.

F. E. Wirth, Vorsitzender.

Da den 1. April cr. die Uebergabe unseres Hauses an den neuen Besitzer erfolgt, haben wir, um unser großes Lager von

Winter- u. Sommersachen

zu räumen, einen

General-Ausverkauf

sämmtlicher Vorräthe von **Herren, Damen- u. Kinder-Garderoben** veranstaltet.

Die Waare wird zu jedem nur annehmbaren Preise begeben und dauert der Ausverkauf nur bis **15. März cr.!!!**

Philipp Gaab's Nachf.

Seit 1867 bewährt und beliebt.



Schloß Billigheim, Amt Mosbach, in Baden.
Herrn W. G. Zickenheimer in Mainz!
Eu Wohlgebornen kann ich nur bezeugen, daß wohl kein Mittel gerianeter sein dürfte, schneller und sicherer bei Kindern wie Erwachsenen hartnäckige Husten und sonst anhaltende Heiserkeit zu beseitigen und verschwinden zu machen, als der von Ihnen bezogene Zrauben-Brust-Honig. — Er hat die trefflichsten Dienste geleistet und werden wir in ähnlichen vorkommenden Fällen auf weitere Zusendungen resectiren. Es zeichnet ergehen!



Die geehrten Consumenten wollen beim Ankauf auf nebligere Verichlungsmarkte achten, da nur diese nebst dem Original-Eiltett eine Garantie für die Richtigkeit bietet. Verkauf's-Depot in Merseburg a bei Herrn **Heinr. Schultze jr.**, Entenplan Nr. 4; — ferner in Schaffstädt bei Herrn **C. Abel**; — in Halle a/S. bei den Herren **Helmhold & Co.**

Von köstlichem intensivem Traubengeschmack.

Veränderungshalber beabsichtige ich mein Haus mit Hof und Garten aus freier Hand zu verkaufen.
W. Henckel, Dammstraße Nr. 1.

Strohputwäsche.

Um baldige Zufendung der Strohhüte zum Waschen und Modernisiren ersucht ergebenst
Marie Müller,
H. Ritterstraße 15.

Presstorf,
gut brennende Waare, zu Sommerpreisen,
Briquettes,

à Ctr. 70 Pf., sind stets in großen und kleinen Posten zu haben bei
F. W. Bohle, H. Sigmistr. 1.

Näh-Maschinen,
bestes deutsches Fabrikat empfiehlt unter mehrjähriger Garantie zu billigen Preisen
G. Hartung,
Gottthardtsstraße 18.

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig

auf Gegenseitigkeit gegründet im Jahre 1836

Versicherungsbestand 160 000 000

Vermögensbestand 30 000 000

Dividende nach Div.-Plan A.:

37%, 38%, 40%, 40% der ordentlichen Jahresbeiträge

Dividende nach Div.-Plan B.: 3% der Summe der bezahlten ordentlichen Jahresbeiträge.

Durch die letztere Vertheilungsweise tritt eine Jahr zu Jahr fortschreitende Verminderung der Beiträge ein.

Nähere Auskunft ertheilt in Merseburg
A. Rindfleisch, Haupt-Agent.

Dr. Spranger'sches China-Bitter
gilt sofort bei Magenkrampf, Migraine, Fieber, Verstopfung, Kopfschmerz, Cholera, Brustkrampf, Sodbrennen, etc.

Für eine Locomotivfabrik wird ein tüchtiger Gelbgießer, der auch Phosphorbronze, sowie andern Legirungen vollkommen selbstständig zustellen versteht, sofort gesucht. Meldung sub H. S. 5782 an

Rudolf Mosse,
Erfurt.
Für ein junges Mädchen, welches nach der Schulzu ihrer weiteren Ausbildung, einige Zeit von Hause wird hierdurch passender Aufenthalt geboten.

Adresse: **Frl. Geest,**
Institut für weibl. Handarbeit, Weiskentels a/S., am Kloster

Ein junges Mädchen wird zur Aufwartung der geucht, zu ertragen
Halleische Strasse 32

Ein junges Mädchen, welches fert. englisch wirft sich als Verkäuferin auszubilden. Off. unter R. 925 an J. Barch & Co., Halle a/S.

Eine kleine graugelbeiste Kasse mit weißer Bunt entlaufen. Der Ueberbringer erhält eine gute Belohnung.
Gottthardtsstraße Nr. 18

Ein großes molleses Tuch ist auf dem Damme funden worden. Abzuholen bei
Wenigheim, Leunauer Straße Nr. 18

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Abonnement: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herunterträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 25.

Sonntag den 13. Februar.

1881.

Wie gewinnt man Einfluss auf Bismarck's Politik?

Ein neues politisches Schlagwort ist seit Kurzem von Halle aus in Umlauf gesetzt worden. Die Liberalen sollen — so lautet dasselbe — darnach streben, so viel als möglich Einfluss auf die Politik des Fürsten Bismarck zu gewinnen und dabei liberalen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen. Das ist ein überaus löbliches Bestreben, dem kein Liberaler widersprechen wird. Eigentlich haben die Liberalen auch bisher nichts anderes gewollt. Es fragt sich nur, ob die Mittel, welche zur Erreichung jenes Zweckes empfohlen werden, die rechten sind. Herr Professor Boretius, der wahrheitslieblich der Urheber jener neuen Parole ist, hat dieser Tage auch in einer Versammlung zu Halle angegeben, welche Mittel er für die besten zur Erreichung jenes Zieles hält. Die Liberalen sollen nämlich nicht die friedlichere Methode der Ablehnung der Vorlagen befolgen, sondern den schwierigeren Versuch der Verständigung machen. „Fürst Bismarck — fügte Herr Prof. Boretius hinzu — sei ein so kluger, vielseitig erfahrener, vorurtheilslos und stets auf das Wohl des Ganzen bedachter Mann, daß in allen seinen Vorschlägen und Entwürfen ein gesunder Kern enthalten sei, den es gelte herauszuschälen und zu gestalten, nicht zu verwerten.“

Wir haben vom Reichskanzler vielleicht eine ebenso hohe Meinung. Aber wir glauben, daß er gerade der ungeeignetste Mann ist, die hier empfohlene Methode auf ihn anzuwenden. Er ist dazu gar nicht geduldig genug. Er hält nicht so lange stille, bis der Herr Professor „den Kern herausgeschält“ und ihn „gestaltet“ hat; ehe dieser damit fertig ist, ist Fürst Bismarck schon weit selbst über seine ursprüngliche Absicht hinausgeschritten, und findet er nicht auf der einen Seite dafür Bundesgenossen, so sucht und findet er sie auf der andern.

Herr Prof. Boretius erzählte im weiteren Verlauf seiner Rede einen Fall, welcher unsere Aufmerksamkeit bekräftigt. Als Fürst Bismarck im Jahre 1879 den neuen Zolltarif vorlegte, da hat Jener auch „den Kern herausgeschält“ und zwar die Erhöhung resp. Erhöhung des Petroleum, Kaffees, Weingolles und anderer Finanzzölle gewähren, die Korn- und ähnliche Zölle, wie eine Reihe von übermäßigen Schu zoll en aber ablehnen wollen. Der Reichskanzler hat sich aber nicht mit dem ihm von Herrn Boretius zuerkannten „Kern“ begnügt, sondern der noch weiteren Erhöhung der „übermäßigen“ Schu zoll e zugestimmt und die Kornzölle in doppelter Höhe der Anfangs vorgeschlagenen sich bewilligen lassen, so daß auch der Abg. Boretius schließlich gegen den ganzen Zolltarif stimmen mußte.

Mancher glaubt zu schieben und weiß nicht, daß er selbst geloben wird, in dem Bestreben, auf Bismarck's Politik Einfluss zu gewinnen, könnte es Manchem auch geschehen, daß umgekehrt die Politik des Fürsten Bismarck auf ihn Einfluss gewinnt. Uns scheint es fast, als ob dies auch schon bei Herrn Prof. Boretius eingetreten ist. Derselbe nimmt nun eine Frontstellung gegen die entschieden liberalen ein und sieht ein Heil jetzt nur noch im Zusammengehen mit den gemäßigt konservativen Elementen. Wir entsinnen uns, daß er

es ist noch nicht so lange her — eine schöne Rede hielt, in welcher er sich mit großer Entschiedenheit für die Verwerflichkeit der Kornzölle ausgesprach; am 4. Februar hat er sich zwar auch noch gegen diese ausgesprochen, aber nur deshalb, weil sie für Andere ein so vorzügliches „Agitationsmittel“ seien.

Die Methode, welche Herr Prof. Boretius angiebt, um Einfluss auf die Politik im liberalen Sinne zu gewinnen, ist von den Nationalliberalen fast anberthalb Jahrzehnte hindurch versucht worden; anfangs mit einigem Erfolg, der sich in den letzten Jahren immer mehr verringert hat. An Verständigungsversuchen und Nachgiebigkeit haben sie es sicher nicht fehlen lassen; dennoch hat Fürst Bismarck sich immer mehr ihren Gegnern zugewandt; er hat sogar die Pläne der Agrarier zur Durchführung gebracht, die ihn vor wenigen Jahren am heftigsten bekämpften. Herr Prof. Boretius sieht die Ursache der Abwendung des Reichskanzlers vom Liberalismus darin, daß die Nationalliberalen sich den Plänen des Reichskanzlers gegenüber „oft zu passiv verhalten.“ Mögen er und seine Gefinnungsgenossen es denn versuchen, durch noch weitere Nachgiebigkeit Fürst Bismarck zum Liberalismus zu bekehren. Andere glauben, daß der Kanzler nur dann auf die Wünsche der Liberalen Rücksicht nehmen werde, wenn er auf der linken Seite einen festeren Willen sich gegenüberstellt, als er ihn bis jetzt dort kennen gelernt; wenn er nöthigenfalls auch auf festen Widerstand stößt. Mögen beide Theile mit einander weiterkämpfen, jeder auf seine Weise für den Liberalismus zu wirken. Die nächsten Wahlen werden

— es ist noch nicht so lange her — eine schöne Rede hielt, in welcher er sich mit großer Entschiedenheit für die Verwerflichkeit der Kornzölle ausgesprach; am 4. Februar hat er sich zwar auch noch gegen diese ausgesprochen, aber nur deshalb, weil sie für Andere ein so vorzügliches „Agitationsmittel“ seien.

fönnen. Wenn also das Ministerium der Kronerath, den Reichskanzler zu unterstützen, so glaubt es nicht an der Selbstständigkeit Bayerns zu rütteln, sondern einen Akt eminent konservativer Politik zu vollziehen.“ Vom Standpunkt der nationalen Einheit läßt sich gegen diese Antwort des Ministers nichts einwenden und es ist voranzusehen, daß die bayrischen und andere Partikularisten zu dieser Art, das Reich mit den Reservatrechten zu versöhnen, einigermaßen schielblichen werden.

Aus Rußland kommen Nachrichten über ein neues Auftauchen nihilistischer Umtriebe. In den letzten Wochen ergingen wiederum eine Menge von Drohbrieffen an hochstehende Persönlichkeiten in Kiew. Es erschienen inzwischen auch Proklamationen des „südlischen Arbeiterbundes“, welcher jedes friedliche Mittel verpönt. In Odeßa sind ebenfalls solche Proklamationen aufgetaucht. Letzten Montag wurde in Petersburg überdies die Revolutionszeitung „Narodnja Wolja Nr. 5“ herausgegeben. Im Laufe des Montags ward daselbst auf offener Straße ein etwa 30 jähriger anständig gekleideter Herr arreirt, der die äußeren Zeichen seines Paleotis voller Nummern des neuesten Revolutionsblattes hatte. Der Verhaftete verweigerte jegliche Auskunft über seine Person und die politischen Neugierden über ihn blieben bisher ohne Erfolg.

Nach der sündlich zu erwartenden endgültigen Annahme im englischen Unterhause wird die Forster'sche Zwangsbill nun wohl bald in Kraft treten, inzwischen nimmt die irische Angelegenheit von Tag zu Tag bedrohlichere Dimensionen an. Die irische Bevölkerung ist im Augenblicke bewaffnet, wie nie zuvor. Während der letzten vier Monate wurden in Irland Karabiner, wie Revolver nach Tausenden verkauft, und wurden durch die Polizei Mitglieder des feni'schen Geheimbundes, nicht nur im irischen Bereiche, sondern auch in den großen Städten Englands entdeckt. Daß ein irischer Aufstand durch die augenblicklich in Irland stationirten 50 000 Mann englischer Truppen in kürzester Zeit niedergeschlagen würde, darüber sind sich die Führer der Opposition selbst klar; allein sie zählen auf den Effekt der Einschüchterung und hoffen, wie sie der Regierung im Jahre 1870 das Agrargesetz durch Schrecken abzwangen, auch diesmal durch dasselbe Mittel Zugeständnisse zu erlangen. Interessant ist übrigens, daß Barneil es vorziehen soll, von Paris, wo er sich jetzt aufhält, direkt nach Amerika eine Agitationsreise zu unternehmen, um einer etwaigen Verhaftung in England aus dem Wege zu gehen, die nach dem Inkrafttreten der Zwangsbill sehr schnell erfolgen könnte. — Auf eine Anfrage im Parlament über die Lage in Transvaal gab am Freitag der Staatssekretär des Krieges, Childers, dahin Auskunft, daß dem General Colley bedeutende Verstärkungen telegraphisch angeboten seien, indes habe derselbe, dessen letzte Nachrichten aus Newcastle datirten, hierauf noch keine Antwort erteilt.

In Spanien zieht der Ministerwechsel allem Anschein nach eine kleine Umwälzung nach sich. In einem unter dem Vorsitz des königlichen Statthaltern Ministerrathe wurde beschloffen, eine weitgehende Amnestie für die wegen Pressvergehens Verurtheilten zu erlassen und gleichzeitig allen aus-

